ners gar nichts. Auch sonst geht der Verfasser den Schwierigkeiten aus dem Wege. Die Schrift stellt sich mehr nur als ein mit ausführlichem Texte versehener Lexikonartikel dar. So, d. h. zum Nachschlagen gebraucht, kann sie auch dem Fachmann gewisse Dienste leisten, dem sie im übrigen kaum etwas Neues von Belang sagt.

Ulrich Stutz.

Dr. Karl Strippel, Rechtsanwalt in Kassel, Die Währschafts- und Hypothekenbücher Kurhessens, zugleich ein Beitrag zur Rechtsgeschichte des Katasters (Arbeiten zum Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsrecht, herausgegeben von Ernst Heymann, Nr. 24), Marburg i. H., N. G. Elwertsche Verlagsbuchhandlung, 1914, XXVII und 335 S. 8^o.

Das von Ernst Heymann angeregte Werk zerfällt in vier Kapitel: Die Beurkundung von Rechten am Grund und Boden bis zum Erlaß eines Sondergesetzes (S. 1—46); Die Contracten-Ordnung vom 9. Januar 1732 (S. 47—76); Die Fortentwicklung auf der in der Contracten-Ordnung geschaffenen Grundlage (S. 77—239); Die das Währschafts- und Hypothekenwesen betreffenden Bücher des früheren Justizamts und heutigen Amtsgerichts Bischhausen (S. 241—314) — von den behandelten Bischhausener Büchern beginnt das älteste mit dem Jahre 1731.

Man sieht: diese neueste Arbeit zur Geschichte des deutschen Grundbuchwesens unterscheidet sich von älteren zunächst dadurch, daß sie sich fast ganz mit der jüngeren Zeit beschäftigt. Dazu kommt, daß sie nicht einer Stadt, sondern einem Territorium gewidmet ist. Endlich nimmt sie insofern eine Sonderstellung ein, als sie die Geschichte des Katasters in den Kreis der Betrachtung zieht (drittes Kapitel, vierter Abschnitt, S. 173—239). Schon mit Rücksicht auf diesen ihren Inhalt muß ihr lebhaftes Interesse entgegengebracht werden. Denn wir wissen im allgemeinen von dem mittelalterlichen Grundbuchwesen mehr als von der Entwicklung des neuzeitlichen; wir wissen von der Geschichte des Instituts in den Städten mehr als von derjenigen in den Territorien; wir wissen von der Geschichte des Katasters überhaupt fast gar nichts. Der Leser wird nicht enttäuscht; nur würde er über die Zeit vor 1732 gern mehr erfahren haben. Die Ausführungen lassen erkennen, daß der Verfasser mit großer Sorgfalt und viel Liebe gearbeitet hat, und es tritt in ihnen überall sein feines Verständnis für die Eigenartigkeit des Gegenstandes hervor. Auf Literatur konnte er sich im allgemeinen nur in nebensächlichen Punkten stützen. So war er gezwungen, in weitem Umfange selbst Rodearbeit zu verrichten, und die Mühe, die er auf die Durchforschung des gedruckten und ungedruckten Quellenmaterials verwendet hat, ist nicht fruchtlos geblieben: sein Werk muß als sehr erfreuliche Bereicherung der Wissenschaft

gelten. Übrigens dient es nicht nur der Erkenntnis der Vergangenheit, sondern ist auch wohlgeeignet, der heutigen Praxis förderlich zu sein, hat doch das Grundbuchamt so häufig auf die den heutigen unmittelbar oder mittelbar vorangehenden Bücher zurückzugreifen, und die rechte Würdigung dieser vermittelt ihm Strippels Darstellung aufs beste.

Der Schwerpunkt des Werkes liegt in der Schilderung des seit 1732 bestehenden Rechtszustandes. Die Vorzeit wird kaum anders als einleitungsweise behandelt. Hoffentlich gelingt es in Zukunft, mit Hilfe handschriftlichen Materials die hier gelassenen Lücken auszufüllen. Daß es sich um bedeutsame offen gebliebene Fragen handelt, mögen die nachfolgenden Bemerkungen zeigen.

Der Verfasser betrachtet für jene Vorzeit zunächst „die Einzelurkunde“, und zwar soll zuvörderst (S. 7—15) von der „Gerichts-urkunde“, wie die Überschrift lautet, die Rede sein. In Wahrheit wird hier jedoch im wesentlichen von der Privaturkunde gehandelt, und auch dies lediglich unter Wiederholung von Allbekanntem (Unterschied von carta und notitia, Aufkommen des Siegels als Beglaubigungsmittels). Allerdings wird auf mehrere Bestimmungen aufmerksam gemacht, aus denen sich ergibt, daß auch in Hessen, jedenfalls seit der Mitte des 14. Jahrhunderts, für die Liegenschaftsübereignung gerichtliche Auflassung erforderlich war. Was indessen die gerichtliche Beurkundung der Liegenschaftsgeschäfte, also das eigentliche Thema der Erörterung, anlangt, so weiß der Verfasser nicht mehr zu sagen, als den allgemeinen Satz der Gewohnheiten der Stadt Frankenberg von 1493 anzuführen: „Alle richter mogin wol ingesigel haben, dy han crafft ober dy dinge, dy tzu irn gericht gehoren, unde andirs nicht“ (S. 14). Durch den Hinweis auf diesen Satz greift der Verfasser noch dazu den sich anschließenden Ausführungen unter der Überschrift: „Die Beamten-Siegelung und -Konfirmation“ (S. 15—28) vor: er will hier feststellen, daß der landgräfliche Beamte für die freiwillige Gerichtsbarkeit zuständig wurde, insbesondere das Siegelrecht erlangte, betont aber (S. 16), daß unter die „Richter“ des Satzes von 1493 auch der landgräfliche Beamte fiel — demnach würde es sich in dem Satze von 1493 nicht um eine eigentliche „Gerichts-urkunde“ handeln, sondern um die „Beamten-Siegelung“. Klarheit über die Bedeutung der Beamten-Siegelung gewinnt man aus der Reformations-Ordnung Wilhelms II. (vor 1499): sie war notwendig zur Wirksamkeit des Kaufes, sowohl in den Städten als auch auf dem Lande, und ein Unterschied bestand nur insofern, als der Vertrag in den Städten vor dem Rat abzuschließen und die Urkunde von dem Amtmann, in Ermangelung eines solchen von dem Schultheißen und dem Rat zu besiegeln war, während auf dem Lande für den Vertrags-schluß das Volksgewicht, für die Siegelung ausschließlich der Amtmann zuständig war (S. 17f.). Über das Schicksal der Auflassung erfahren wir von Strippel nichts Bestimmtes. Im 18. Jahrhundert trat als Fortbildung der Siegelung die Konfirmation des Beamten auf, die nunmehr als der rechtsübertragende Akt galt, nachdem um 1700 die Notare (S. 28 bis 31), wie der Verfasser (S. 31) meint, als Urkundspersonen den Be-

amten völlig gleichgestellt worden waren — das Konfirmationsrecht haben sie zweifellos nicht erlangt.

Den Ausführungen über die „Einzelurkunde“ folgen solche über die „Buchurkunde“. Geschieden werden „Gesamtbücher“ und „Sonderbücher“.

Die Betrachtung der „Gesamtbücher“ (S. 32—36) wird eingeleitet durch den Satz: „Von Bedeutung ist das Buchwesen für das im streitigen Verfahren bei den Gerichten aufkommende Gerichtsbuch“ (S. 32). Abgesehen davon, daß der Sinn dieses Satzes nicht recht ersichtlich ist, dürfte es fraglich sein, ob in Hessen wirklich das Urteilsbuch das älteste Amtsbuch ist (wenn der Verfasser a. O. sagt, das „Urteilsbuch“ liege zeitlich vor dem „Gerichtsbuche“, so meint er hiermit wohl das allgemeine Gerichtsbuch — diese terminologische Scheidung war jedoch nicht angebracht im Hinblick auf den soeben angeführten Satz, in dem ja das Urteilsbuch als Gerichtsbuch bezeichnet wird). Wenn einige Quellen (Ordnung für „die drei Städte zu Kassel“ von 1384, Frankengerger Gewohnheiten von 1493) die Buchung von Urteilen vorschreiben, über die Buchung anderer Akte aber schweigen, so darf man daraus nicht ohne weiteres schließen, daß damals die Buchung von Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht Rechtens war: möglicherweise hatte deren Buchung bereits zuvor stattgefunden, und es sollte nunmehr der Kreis der einzutragenden Gegenstände erweitert werden. Ob dem so war, könnte man nur aus dem überlieferten Bücherbestand ermitteln; auf archivalische Forschungen hat sich der Verfasser auch in dieser Richtung nicht eingelassen. Im übrigen zeigt schon eine ausdrückliche Bestimmung der Gerichtsordnung Wilhelms III. von 1497, daß das Gerichtsbuch auch zur Eintragung von Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit diene. Später erhielt da, wo die Schöffen durch den Beamten abgelöst wurden, das Buch den Namen Amtsprotokoll. In dieser jüngeren Zeit war die Eintragung nur Beweismittel, nicht Perfektionsmittel; für die ältere Zeit bleibt die Frage offen.

„Sonderbücher“ für Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit (S. 37 bis 46) sind nach der Ansicht des Verfassers in Hessen-Kassel vor der Mitte des 16. Jahrhunderts nicht angelegt worden. Der Verfasser glaubt, daß von Einfluß auf die Einrichtung derselben das Solmsers Landrecht von 1571 gewesen ist, das für jedes Gericht die Führung zweier Bücher vorschreibt, eines „Gerichtsbuches“ für die streitige und eines „Contract- und Schöffensbuches“ für die freiwillige Gerichtsbarkeit. Das älteste Sonderbuch, das der Verfasser nachzuweisen vermag, geht auf ausdrückliche landesherrliche Anordnung zurück: am 7. Mai 1577 ward den Beamten samt Bürgermeister und Rat zu Allendorf a. d. W. befohlen, bei jedem Gericht in Stadt und Amt „ein sonderbahres buch undt prothocoll zu halten, und darin die namen der keuffer undt verkeuffer, desgleichen der pfandschilling oder kauffgeld, neben den dem underpfande undt verkaufften gutern zu vertzeichnen“. Dieses bisher unbekannte, auch sonst interessante Gesetz wird in vollem Wortlaut in der Anlage I (S. 302f.) abgedruckt. Erhalten sind Allendorfer Bücher

jedenfalls aus der Zeit von 1604 bis 1741; die älteren hat der Verfasser auf dem Boden des Rathauses zu Allendorf gefunden, die jüngeren befinden sich im Staatsarchiv zu Marburg. Der Verfasser teilt einiges über dieselben (auch eine Reihe von Eintragungen) mit; er beabsichtigt, an anderer Stelle näher auf die Bücher einzugehen. Besonders bedeutsam ist die Scheidung der Bücher in Währschafts- und Versatzbücher, wie Strippel sie nennt. In diesen wurde die Verpfändung, in jenen die Übereignung von Liegenschaften eingetragen, und zwar in der Formel: der Veräußerer „gewehrt“ dem Erwerber das Grundstück. Auffallen muß, daß sich der Verfasser über den Ausdruck gewehren mit keinem Wort ausläßt; übrigens schreibt er bald Währschaft, bald Wehrschaft. Bezüglich der anderweitigen Sonderbücher lesen wir nur, daß solche an manchen Orten aus dem Bedürfnis des Tages heraus entstanden sind (z. B. in den Ämtern Kassel, Oberkaufungen), „wie sich bei der Veröffentlichung einer Übersicht über die gesamten jetzt auf dem Staatsarchiv zu Marburg vorhandenen Währschafts- und Hypothekenbücher ergeben wird“, und daß sie ihrer Anlage nach den Charakter des alten Gerichtsbuches tragen und eine Entwicklung, wie sie bei den Allendorfer Büchern nachzuweisen ist, durchweg vermissen lassen (S. 46) — das will wohl sagen: die Eintragungen haben lediglich in der zeitlichen Folge der beurkundeten Akte stattgefunden und sind nicht, wie in den jüngeren Allendorfer Büchern, nach der alphabetischen Folge der Namen der Veräußerer angeordnet.

Mit großer Ausführlichkeit wird die Entwicklung seit dem Jahre 1732 geschildert, und hier sind wesentliche Ausstellungen nicht zu machen. Behandelt werden zunächst „die Entstehung der Contracten-Ordnung und deren Ursachen“ (S. 49—60). Hatte das vorhin erwähnte Gesetz für Allendorf von 1577 die Sicherung des Grundkredits bezweckt (S. 40), so erscheint die Contracten-Ordnung ausgesprochenermaßen als eine Folge der Kreditnot, unter der damals die Lande zu leiden hatten. Interessant ist das Verhältnis des Gesetzes selbst zu seinem Entwurfe; Strippel läßt dasselbe im Verlaufe seiner Erörterungen klar zutage treten. Sodann wird „der Inhalt der Contracten-Ordnung“ vorgeführt (S. 60—76). Die leitenden Gedanken sind: das Gesetz verlegt den rechtserzeugenden Akt in die richterliche Bestätigung und bringt somit „unter Vermeidung des bloßen Insinuationsprinzips das Auflassungsprinzip zur strengen Durchführung“ (S. 68f.); „in dem Gerichtsbuch tritt der eigentliche Endzweck der Contracten-Ordnung in die Erscheinung; sie regelt daher seine Führung und Aufbewahrung wie seinen Gebrauch bei den Urkundsgeschäften, seinen Inhalt und seine Einrichtung und die rechtliche Bedeutung des Eintrags“ (S. 65); sie „vollzieht den Schritt zum Grundbuchsystem, indem sie für den ganzen Gerichtsbezirk nur ein einziges Buch einführt, in dieses aber alle [überhaupt zu buchenden] Vertragsarten aufnehmen läßt“ (S. 71); sie ordnet die Führung der Bücher für das ganze Land an (S. 64). Strippel meint, ein bestimmtes Einwirken außerhessischer Rechtsvorschriften auf die Contracten-Ordnung lasse sich nicht nachweisen, diese sei somit als eine

selbständige Schöpfung hessischer Beamten anzusehen (S. 76); ob er recht hat, muß vorläufig dahingestellt bleiben.

Bei der Betrachtung der „Fortentwicklung auf der in der Contracten-Ordnung geschaffenen Grundlage“ gibt der Verfasser zunächst eine „Übersicht“ (S. 79—83) und behandelt sodann in je einem Abschnitte „das Buchäußere“ (S. 84—111), den „Buchinhalt“ (S. 112—134), „die Buchung“ (S. 135—172), „Gerichtsbuch und Kataster“ (S. 173 bis 239). Nach allen Richtungen hin ist ein stetiges Fortschreiten auf dem 1732 gelegten Boden wahrzunehmen. Materiell zeigt sich bereits im 18. Jahrhundert die Tendenz, den Kreis der einzutragenden Rechtsgeschäfte zu erweitern. Im 19. Jahrhundert tritt an die Stelle der Bucheinheit die Buchvielfalt (Buchsonderung nach sachlichen und örtlichen Gesichtspunkten), und wird eine einheitliche tabellarische Form vorgeschrieben (1822), nachdem schon vorher einzelne oberhessische Ämter eine solche (in verschiedener Gestalt) eingeführt hatten — die Contracten-Ordnung von 1732 hatte die Benutzung eines bestimmten Druckformulars nicht angeordnet. Die Kataster entwickeln sich aus den alten Steuerregistern: bei der Steuererhebung wurden bereits im 16. Jahrhundert Verzeichnisse der steuerbaren Gegenstände, also auch der Liegenschaften, aufgestellt; die Gesamtheit der Register bildete den „Steuerstock“; später wurden die Verzeichnisse in ein Buch geheftet; zum erstenmal begegnet 1668 für Steuerstock die Bezeichnung „Catastrum“, wenn auch noch in der Folgezeit von dem „Steuer- und Contributions-Stock“ die Rede ist; auf die „General-Rectification“ des Katasters legte man offenbar großen Wert — jedoch ging sie nur langsam vonstatten (der Verfasser behandelt eingehend die beiden General-Rektifikations-Perioden von 1735 bis 1797 und von 1830 ab); Justiz- und Katasterbehörde waren anfangs vereint: es bestand indessen keine Verbindung der gerichtlichen Buchung der Veräußerungsverträge mit dem Kataster, sondern nur eine Verbindung des gerichtlichen Bestätigungsverfahrens mit diesem, indem mit der Bestätigung des Vertrages das Ab- und Schreiben verbunden wurde — „nur die Person des Beamten, nicht eine Berührung von Buch zu Buch bildete das vermittelnde Element“ (S. 198); die spätere Entwicklung zeigt ein immer weiteres Auseinandergehen von Kataster und Gerichtsbuch, als dessen Grund in erster Linie die nach der Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzende Errichtung einer besonderen, von der Justizbehörde getrennten Rentnereibehörde (zugleich Katasterbehörde) anzusehen ist; „die Folge hiervon war nicht nur eine fortschreitende Unvollständigkeit der Wahrschaftsbücher und eine daraus sich ergebende Gefährdung der Eigentums- und Hypothekenverhältnisse der Privatpersonen, sondern auch ein allmähliches Unbrauchbarwerden der für die Erhebung der Steuer so wichtigen Kataster, was alles den öffentlichen Kredit erheblich benachteiligen mußte“ (S. 207), und so ward durch Verordnung vom 17. Juni 1828 eine enge Verbindung zwischen beiden Registern geschaffen, wesentlich dadurch, daß der Katasterbehörde ein Ab- und Schreiben verboten wurde, bevor nicht der Eigentumsübergang in dem Wahrschafts- und Hypothekenbuche vermerkt worden war.

Wie Strippel betont (S. 244), ist „eine die wahre Rechtslage richtig und vollständig treffende Schilderung des gesamten Grundbuchwesens nur möglich durch eine genaue Würdigung der tatsächlich geführten Bücher“. Zwar hat Strippel in den Teilen seines Werkes, über die ich bisher berichtet habe, Grundbücher herangezogen; dies ist aber doch nur hier und da geschehen: im wesentlichen bauen sich die Ausführungen auf den Gesetzen und Verordnungen auf. Ein Vorwurf kann dem Verfasser daraus nicht gemacht werden. Denn für denjenigen, welcher die Geschichte des Grundbuchwesens in einem Territorium von dem Umfange der ehemaligen Landgrafschaft und des späteren Kurfürstentums Hessen-Kassel schreibt, ist die Benutzung der sämtlichen erhaltenen Grundbücher ausgeschlossen, will er in absehbarer Zeit zum Ziele gelangen. Allein Strippel hat jenen zutreffenden Gedanken nicht ganz fallen lassen. Das Ideal war nicht erreichbar, und so hat er in weiser Beschränkung den gesamten Grundbücherbestand eines kleinen hessischen Bezirkes zu eingehender Sonderbetrachtung in dem Schlußkapitel ausgewählt: die Bücher des ehemaligen Justizamts und heutigen Amtsgerichts Bischhausen im Kreis Eschwege. Ich freue mich, daß er dabei, wie er selbst (S. 4, 243f.) hervorhebt, die Wege geht, die ich gewiesen habe. Mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Forschung sind die Ergebnisse der mühsamen Arbeit um deswillen besonders wertvoll, weil ein Amt mit ausgesprochen ländlichem Charakter in Frage steht: „der Sitz des Gerichtes ist ein Dorf, und die einzige im Anfang des 19. Jahrhunderts ihm zugeteilte Stadt — Waldkappel — hat an Einwohnerzahl den Amtssitz kaum übertroffen, auch seine ländliche Abkunft nie verleugnet“ (S. 244). Dazu kommt, daß die Bücher dieses Amtes fast vollständig erhalten sind. Nacheinander werden nach einer „geschichtlichen Einleitung“ behandelt die Bücher von der Contracten-Ordnung bis zur Zeit des Königreiches Westfalen, die Bücher der westfälischen Zeit, die Bücher von 1814 bis 1822, die neueren hessischen Bücher. „Die Gesetzgebung über die Führung der Währschafts- und Hypothekenbücher in Hessen beschränkt sich nach Erlaß der Contracten Ordnung — im 18. Jahrhundert ausnahmslos — bis zur Einführung einer tabellari-schen Form auf allgemeine Anordnungen. Dem hessischen Beamten . . . ist daher für die besondere Ausgestaltung seiner Amtsbücher viel freier Spielraum gelassen“ (S. 250). So sind — wie ja auch in anderen Gebieten — die Grundbuchbeamten die eigentlichen Träger der Entwicklung, und — gleichfalls wie anderwärts — haben sie sich mitunter nicht einmal genau an die spärlichen gesetzlichen Bestimmungen gehalten. Schon das älteste Buch entspricht hinsichtlich der Gesamtanlage der Contracten-Ordnung nur wenig. Änderungen fallen häufig mit dem Beginne der Tätigkeit eines neuen Beamten zusammen; z. B. richtete 1765 der damalige Amtsvogt an Stelle des bisherigen einen Buches zwei Bücher ein. Zahlreiche mitgeteilte Eintragungen dienen zur Veranschaulichung der Buchführung.

In Anlage II (über Anlage I oben) sind mehrere Urkunden - Ausfertigungen aus der Zeit von 1752 bis 1807 abgedruckt.

Halle,

Paul Rehme.